

Pädophilie: PETITION GEGEN SEKLEHRER**Gurtner: «Die SP schützt ihr Mitglied»**

SAMIA GUEMEI

Sonja Gurtner ist über die Anstellung eines wegen Pädophilie verurteilten Lehrers im OSZ Rittermatte entsetzt. Sie fordert den Kopf der zuständigen Schulkommissionspräsidentin Irène Truffer.

Der Bieler SP-Präsident Niklaus Baltzer spricht von einer «ungeschickten Entscheidung» der Schulkommissionspräsidentin Irène Truffer. PSR-Stadträtin Sonja Gurtner möchte, dass ihre Partei Konsequenzen zieht. Ginge es nach dem Willen der welschen Sozialdemokratin, dürfte Truffer – sie ist SP-Stadträtin – Anfang nächsten Jahres nicht mehr zur Wiederwahl als Schulkommissionsmitglied des Oberstufenzentrums Rittermatte antreten.

Kanton: Kein Grundsatzentscheid

Gurtner ist mit einer entsprechenden Eingabe in der SP-Geschäftsleitung nicht durchgekommen. «Juristisch» erklärt Baltzer, «hat sich Truffer nichts zu Schulden kommen lassen.» Tatsächlich: Im Kanton Bern wird verurteilten pädophilen Lehrern – im Gegensatz zu anderen Kantonen – die Unterrichtsbefähigung nicht automatisch entzogen. Es wird von Fall zu Fall entschieden. Der Fall des Bieler Seklehrers wurde scheinbar als nicht so gravierend eingestuft, als dass man ihm ein Berufsverbot erteilt hätte. Er war wegen sexueller Vergehen gegen fünf Knaben zu 14 Monaten verurteilt worden.

Hinter der Anstellung, die

Truffer als Schulkommissionspräsidentin veranlasst hatte, steht die ganze Erziehungsdirektion. (BT vom 6. Juli 2004). Zumal der betreffende Lehrer professionell betreut wird, um weitere Übergriffe zu verhindern.

«Marche blanche»: 2000 Petitionäre

Eine Organisation, die diese Entscheidung ganz und gar nicht akzeptieren kann, ist «Marche blanche». Die Vereinigung setzt sich gegen pädosexuelle Handlungen mit Kindern ein. Sie hat im September eine Petition lanciert, die am nächsten Mittwoch dem kantonalen Erziehungsdirektor Mario Annoni übergeben werden soll. 2000 Menschen haben die Petition, die die Absetzung von Irène Truffer sowie die Entlassung des verurteilten Lehrers verlangt, unterschrieben. In einem Brief an Annoni fordert «Marche blanche» zusätzlich eine Administrativuntersuchung, die die Hintergründe der Anstellung durchleuchten soll.

SP: Zwischen Moral und Politik

Grundsatzpolitisch sei die SP «grossmehrheitlich», so Baltzer, dagegen, dass wegen Pädophilie verurteilte Lehrer in der Volksschule unterrichten. Trotzdem will die Geschäftsleitung diesen Grundsatz nun nicht auf Truffer anwenden. Der Fall sei allein, betont er nochmals, juristisch zu betrachten. Dürfen Parlamentarier keine moralischen Entscheide fällen? Doch für Baltzer ist die Absetzung der Schulkommissionspräsidentin keine Frage der Moral. Sondern eine von Gesetzen. Genau so wie die Absetzung des umstrittenen Lehrers. Baltzer:

«Man kann niemanden ohne juristische Handhabe entlassen.»

Sonja Gurtner deutet Baltzers Lavieren anders: «Die SP will ihr Mitglied schützen.»

Lebe: «grundsätzlich inakzeptabel»

Doch wer macht die Gesetze? Ist im Kanton Bern überhaupt ein Interesse vorhanden, künftig vorbestraften Lehrer das Handwerk zu legen? Was meint der bernische Lehrerinnen- und Lehrerverband Lebe? Laut Geschäftsführerin Irene Hänsenberger ist der Vorstand noch zu keinem abschliessenden Urteil gelangt. Doch: «Wir halten die Wiedereinstellung von Lehrern, die sich nachweislich pädophiler Übergriffe schuldig gemacht haben, für inakzeptabel.» Hänsenberger gibt zu, dass hier eine Aufgabe für Lebe warte: «Wir müssen einen Beschluss fassen, wie wir grundsätzlich zur Unterrichtsbefähigung in solchen Fällen stehen.» Doch im Prinzip ist klar: Wenn ein Lehrer rechtskräftig verurteilt ist, soll ihm das Lehrerpapent für den Volksschulbereich entzogen werden.

Neues Lehrergesetz: Meldepflicht